

Israel beharrt auf Sperranlage

Die Schweiz hat für die Uno einen Bericht über die Mauer erstellt – auf Drängen Israels wird darüber nicht informiert

Die Weltöffentlichkeit blickt nach Gaza, wo die israelischen Siedler bald abziehen werden. Im Westjordanland geht indes der Bau der Sperrmauer weiter. Über einen im Auftrag der Uno von der Schweiz erstellten Bericht zur Sperranlage wird nicht informiert, da sich Israel widersetzt.

Die Uno-Resolution ES-10/15 bescherte der Schweiz ein schwieriges Mandat.

Die Vollversammlung der Uno hatte am 20. Juli 2004 mit 150 gegen 6 Stimmen einer Resolution zugestimmt, mit der Israel aufgefordert wird, die Sperranlage zum Westjordanland abzubauen. Nur zehn Tage vorher hatte sich der Internationale Gerichtshof in Den Haag (ICJ) ebenfalls mit der Sperrmauer befasst. Er klassierte in seiner Stellungnahme den Bau der Mauer als Verstoß gegen das internationale Recht und forderte Israel auf, die Mauer abzubauen. Erfolglos.

Im Rahmen der Resolution ES-10/15 wurde die Schweiz, als Depositärstaat der Genfer Konventionen, beauftragt, mit den Beteiligten im Nahostkonflikt Konsultationen aufzunehmen, um Wege zu finden, dem humanitären Völkerrecht mehr Nachachtung zu verschaffen. Stolz berichtete Aussenministerin Calmy-Rey damals vor den Medien über den Auftrag; sie sehe darin «ein Zeichen des Vertrauens» seitens der Uno.

Der Auftrag ist unterdessen abgeschlossen, die Schweiz hat den geforderten Bericht der Uno vor gut einem Monat abgeliefert – in aller Diskretion. Informiert darüber wurde nicht. Das sei, sagt EDA-Sprecherin Carine Carey, nicht der Entscheid der Schweiz, sondern der Uno. Gleichzeitig hat das EDA seine Mitarbeiter im Nahen Osten angewiesen, jegliche Stellungnahme zu dem Bericht zu unterlassen.

Rechtsslage ist klar

Der Autor des Berichts, der ehemalige Uno-Botschafter Jenö Staehelin, hatte während Monaten mit Vertretern Israels, der Palästinenser, der Arabischen Liga und Ägyptens sowie der USA, der EU und des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) Gespräche geführt. «Die grosse Mehrheit der Staaten» habe betont, die vom ICJ festgestellte Rechtsslage könne nicht in Frage gestellt werden, heisst es im Bericht; generell werde erwartet, dass sich Israel an die Genfer Konventionen halte. Die von den Gesprächspartnern vorgeschlagenen Massnahmen reichen von der Forderung nach Verlegung auf die grüne Linie bis zum sofortigen Abriss oder einem Baustopp von drei bis sechs Monaten als Zeichen des guten Willens für die Wiederaufnahme des Friedensprozesses.

Die zwei Rollen Israels

Israel «hält an der Aussage fest, die Sperrmauer sei eine temporäre Massnahme» und durch Sicherheitsüberlegungen gerechtfertigt. Dennoch «will Israel sich nicht auf einen Rückbau verpflichten lassen, sogar wenn sich die Sicherheitslage verbessern sollte», schreibt Staehelin weiter. Immer wieder ist in dem Bericht von der «humanitären, sozialen und wirtschaftlichen Krise» in den besetzten Gebieten die Rede. Die Palästinensische Autonomiebehörde sei «äusserst besorgt über die Entwicklung der Situation, insbesondere bei der Sperrmauer und beim Bau neuer Siedlungen in den besetzten Gebieten», heisst es im Bericht. Es sei deshalb zwingend, dass die internationale Gemeinschaft «klar unterscheidet zwischen den Beziehungen zum Staate Israel und jenen zu Israel als Besetzungsmacht in den palästinensischen Gebieten». Die Palästinensische Autonomiebehörde müsse allerdings ihre Bemühungen zur Verbesserung der Sicherheitslage weiterführen und insbesondere die nötigen Reformen bei den eigenen Sicherheitsorganen vornehmen. Die Besetzung Cisjordanien und Ost-Jerusalems «findet nicht in einem rechtsfreien Raum statt», schreibt Staehelin in den Schlussbemerkungen. Eine Besetzung werde durch die Genfer Konventionen geregelt und es sei «unerlässlich, dass dies respektiert wird». Er schlägt in dem Bericht deshalb vor, zwei getrennte Verhandlungsgruppen (groupes de dialogue séparés) zu schaffen, die das Vertrauen beider Seiten genössen und die dem Nahost-Quartett Bericht erstatten würden. Denn es brauche «den Beitrag anderer Staaten, die das Vertrauen beider Seiten geniessen».

«Vielversprechender Ansatz»

Obwohl dieser Vorschlag «nicht die nötige Unterstützung gefunden hat», gehe die Schweiz als Depositärstaat weiterhin davon aus, dass dies ein vielversprechender Ansatz sei, schreibt Staehelin weiter. Aus dem Bericht geht auch hervor, dass sich Israel und nicht die Palästinenser diesem Vorschlag widersetzt hat. Israel versuche jede internationale Einmischung in den Konflikt zu vermeiden, sagt ein Uno-Diplomat in Israel. Diesbezügliche Angebote seien schon viele gemacht worden – sogar Uno-Truppen zum Schutz von Israels Sicherheit –, doch Israel habe dies immer abgelehnt. Diese Weigerung soll auch der Grund sein, dass der Bericht Staehelins zwar an die Uno-Mitgliedsländer weitergegeben, aber die Öffentlichkeit und die Medien nicht darüber informiert wurden.

